

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

14 (6.2.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Freitag, den 6. Februar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Versendungstag: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 1.30, monatlicher Bezugspreis RM 2.30 (inkl. RM 0.75 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.00 zuzüglich Zustellgebühr).

Anzeigenpreis: Die 20 mm bre. Nonp. Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.20; Pforzbeimer Ausgabe und Würtembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtzeitungs RM 1.—. Amtl. Anzeigen 50% Nachlag.

2. Jahrgang / Nummer 14

Welt-Rundschau

WASHINGTON (AP). Es käme einem Vergleich gleich, die für die ersten 15 Monate der Europahlilfe vorgesehenen 8,8 Milliarden Dollars zu kürzen, stellt Philipp Murray, der Präsident des Gewerkschaftsbundes CIO in seiner Erklärung an den außerparlamentarischen Ausschuss fest.

WASHINGTON (AP). Das US-Handelsministerium leitete die Freigabe von 25 000 Tonnen Kaffeebohnen für die Bevölkerung der Biene mit. Die Veranschlagung soll Anfang März erfolgen.

WASHINGTON (Dona-Post). Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses für das Versagen des Besatzungsleiters der Unterentwicklung, John Woodrow, gab in einer Sitzung des Ausschusses bekannt, daß der Hollywood-Komponist Hans Eisler und seine Ehefrau in der vergangenen Woche vom US-Einwanderungsbehörde in die Gewahrsam genommen wurden. Gerhard Eisler, der als kommunistischer Agent Nummer 1 in den USA bezeichnet wird, wurde kürzlich der Fahndung und der Mischung des Kongresses für schuldig befunden und ist gegen Kaution von 25 000 \$ freigesetzt worden. Ein Berufsverbot wurde ihm ausgesprochen.

LONDON (Dona-Essen). Zwischen der Sowjetunion und Rumänien ist, laut Radio Moskau, ein Friedensvertrag unterzeichnet worden.

FRESCOTT (Laskowitzer) (Reuter). Der 32-jährige ehemalige britische Kriegsminister und frühere britische Botschafter in Paris, Lord Dorely, starb am Mittwochmorgen im Alter eines Herzschwäche.

BAD NAUHEIM (Dona). Die Schweiz hat die Exportierung von Zucker, Milch, Butter und Käse ausgesetzt, meldet Bernnatter.

BAD NAUHEIM (Dona). Insgesamt 630 deutsche Kriegsgewangen befinden sich, wie das tschechoslowakische Pressebüro laut Radio Prag mitteilt, am 28. Dezember noch in der Tschechoslowakei. Diese Kriegsgewangen sollen bis Ende 6. J., ein Teil davon wahrscheinlich schon im Februar entlassen werden.

ROM (AP). Der italienische Drei-Tonnen-Fischkoffer „Giovanni Battista“ stehe im Atlantischen Meer mit einer Treibmine zusammen und nach sechs Tagen. Die Rettungsarbeiten sind fast abgeschlossen.

MADRID (AP). Der Tod durch Erhängen für Schwarzmarkthändler, die lediglich mit einer Geldstrafe belegt wurden, forderten die Studenten von Madrid während eines Demonstrationszuges.

JERUSALEM (Dona-Reuter). Arabische Terroristen sprengen das Gebäude der einzigen in Palästina in englischer Sprache erscheinende Tageszeitung, „Palestine Post“.

BRISBANE (Dona-Reuter). Britische Truppen stellen in Nordpalästina mit einer großen militärischen Spontanzugung zusammen, die aus Syrien nach Palästina eingeschifft sein soll.

ANKARA (Dona). Die Türkei hat ihren Botschafter aus Moskau zurückberufen.

Nach dem Tode Gandhis

Neu-Delhi, 4. Febr. (AP.) Während nach dem heiligen Ritus der Hindus die Asche Mahatma Gandhis gesammelt wurde, um sie zu einem späteren Zeitpunkt den Fluten des Ganges zu übergeben, kündigte der indische Ministerpräsident Pandit Nehru auf einer Gedächtnisfeier des Parlamentes an, daß der Tod des großen Mannes und der Kampf gegen die Gewalt mit allen Mitteln aufgenommen werden soll. Zur gleichen Zeit sind die Häuser von Gesetz und Ordnung im ganzen Land auf der Suche nach Mischlingen und den Wurzeln der Verschönerung und gehen in aller Eile gegen Personen vor, die als Unruhstifter verdächtig erscheinen. Vor 500 000 Personen sprach der Ministerpräsident Pandit Nehru und sein Stellvertreter Sardar Patel. Beide forderten die Menge auf, der Regierung die Ruhe zu überlassen und von dem Kampf zwischen den verschiedenen Gemeinschaften der Rasse, des Glaubens oder der Religion abzulassen.

Neu-Delhi (Dona). Der Minister Gandhi hat, wie APV von zuverlässiger Stelle erfährt, in seinem 24 Seiten umfassenden schriftlichen Geständnis erklärt, daß Mitglieder der Mahasabha-Partei nicht an der Verschwörung beteiligt gewesen seien.

Flucht deutscher Kriegsgefangener

Genf, 3. Febr. (AP.) Deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich überqueren fortwährend die kaum bewachte französisch-schweizerische Grenze in der Hoffnung, ein Asyl in der Schweiz zu finden oder nach Deutschland geschickt zu werden. In Genf sind kürzlich an einem einzigen Tag 14 entlassene deutsche Kriegsgefangene festgenommen worden. In den ersten drei Wochen dieses Jahres nahm die Genfer Polizei fast hundert solcher Flüchtlinge vor, in den meisten Fällen werden die Kriegsgefangenen nach internationalem Recht, ungeachtet ihrer Ansprüche auf Anerkennung als „politische Flüchtlinge“ an die französischen Besatzungsbehörden in Deutschland übergeben.

Bürgermeisterwahlen in Baden

Stuttgart, 3. Febr. (AP.) Die Gemeinden in Baden haben am Sonntag ihre Bürgermeister und Oberbürgermeister gewählt. Während die Wahlbeteiligung in den kleineren Gemeinden 83 Prozent ausmachte, war sie in den größeren Städten auffallend niedrig. Gewählt wurden 161 Kandidaten der CDU, 96 SPD, 7 DVP, 1 KPD und 29 Unabhängige. 240 Gemeinden haben die 1946 vom Gemeinderat ernannten Bürgermeister wiedergewählt. Gegenüber den Ernennungen aus dem Jahre 1946 ist die Zahl der parteigebundenen Bürgermeister durch die Wahlen vom Sonntag zugunsten der Unabhängigen zurückgegangen. Beschlüssigt ist der Verlust der CDU, die 1946 32,6 Prozent und jetzt nur 27 Prozent der Bürgermeister stellt.

Verwaltungssystem Württemberg-Baden noch ungelöst

Die Mehrheit der badischen Sprecher für Verschmelzung — Neue Beratung des Gesetzentwurfs durch einen Sonderausschuss

Stuttgart, 3. Febr. (Eig. Ber.) Die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Neuordnung der Verwaltungsbehörden Württemberg-Badens erfolgte die Donnerstagstagsitzung des Landtages am Nachmittag. Die Landtagsmitglieder stimmten im Wesentlichen für die Abfertigung der Angelegenheiten und die Abstimmung über die Angelegenheiten der Ernennung und Wirtschaftsverwaltung zurückgestellt bzw. an Ausschüsse verwiesen worden waren. Als sechs badische Abgeordnete in der ersten Beratung des vom Innenministerium eingebrachten Verwaltungsgesetzentwurfes ausgiebig Gelegenheit gegeben worden war, zu dem bedeutungsvollen Fragekomplex Stellung zu nehmen, beschloß das Haus, dem Entwurf zur neuen Beratung an einen zwanzigköpfigen Sonderausschuss zur Beratung zu überweisen.

Als erster Sprecher referierte der DVP-Abg. Dr. Käßler, Karlsruhe, der den Gesetzentwurf als Zwischenlösung bezeichnete, das System der Regierungspräsidenten jedoch grundsätzlich billigte. Bezugnehmend auf die Ausführungen des Abg. Harter (CDU) wandte er sich gegen den Vorwurf eines Verrats an Süddeutschen. Wenn man davon spreche, wolle er lieber Baden als Deutschland

verraten. Wir wollen Württemberg-Baden zusammenschließen, nicht weil es die Militärregierung befiehlt, sondern weil es in unserem gemeinsamen Interesse liegt. Er rechnete scharf mit der Beamtenshierarchie ab, die offenbar über die im größeren Rahmen ihre selbständige Rolle nicht mehr spielen zu können. Für Karlsruhe sieht Käßler nicht so schwarz wie das häufig getan wird, sondern unterrichtet dessen Zukunftsaufgabe als Grenzstadt und Übergangszentrum für den Westen. Auch gegen den von Harter in die Debatte gebrachten Vorwurf eines Verfassungsverbruches legte Käßler sein Veto ein und bezeichnete die augenblickliche Lage in Baden als noch nichtig und die Behördenverkehr erschwerend. Die badische Personalhierarchie präferierte er generell an und forderte einheitliche, von Stuttgart gelenkte Entscheidungen. Trotz all dieser Abweichungen von der dem Entwurf gegenüber negativen Haltung des Abg. Harter betonte Käßler, auch er habe erhebliche Bedenken gegen den Entwurf und heize den ersten und heißen Wunsch, mit den Württembergern Freunden darüber zu reden, daß es so

auch nicht gehe. Aus sachlichen Gründen müsse auch in Württemberg ein Regierungspräsident eingesetzt werden, damit die Kräfte der Minister für wichtige Gesamtaufgaben reserviert bleiben. Zusammenfassend forderte er den sofortigen verwaltungsmäßigen Zusammenschluß von Württemberg und Baden, und zwar mit Hilfe einer Übergangslösung durch Schaffung von Regierungspräsidenten in beiden Staatsteilen. (Die Ausführungen Käßlers fanden im Hause lebhaftes Zuhörerinteresse.)

Finanzminister Dr. Köhler, der Präsident der Landesbestirktverwaltung Baden, erklärte demgegenüber, der Gesetzentwurf werde den Verfassungsbestimmungen in keiner Weise gerecht. Er betonte, er werde allein aus gesundheitlichen Gründen nach der kommenden Neuordnung des Staatswesens den badischen Landesstellen nicht mehr vorstehen. Mit großem Nachdruck wandte er sich dann in erster Linie gegen die immer wieder auftauchenden Behauptungen, er leite die Verwaltung von Karlsruhe aus diktiertisch und den Parteinteressen der CDU föhlig. Die badische Verwaltung stehe genau so unter parlamentarischer

Kontrolle wie die Verwaltung in Stuttgart, sei in den Verfahren mit dieser völlig gleich und „was in Stuttgart demokratisch sei, könne doch in Karlsruhe nicht diktiertisch sein“. Der Ausdruck „Etat c'est moi“, den Abg. Müller in bezug auf seine Person angewandt habe, sei also völlig abwegig. Seine Bedenken in seinem Arbeitsbereich beruhen ausschließlich auf fachlichen Gründen. Von den sechs Landesbestirkdirektoren gehörten zwei der SPD, einer der KPD, einer der CDU an; zwei weitere seien parteilos. Die Vorwürfe, römisch-katholisch oder gar ultramontane Produktionswirtschaft wies Dr. Köhler mit dem Hinweis zurück, daß er den Geist der religiösen Toleranz stets eifrigst gewahrt habe. Zusammenfassend gab er den Willen der CDU nach einem Ausführungsgesetz zu dem Verfassungsentwurf 44 Abs. II unter Anerkennung der dort festgelegten Gleichberechtigung für Baden Ausdruck. — Abg. Schwab (CDU) bekannte sich „getreu den Grundsätzen seiner Partei“ zum staatlichen Zusammenschluß, warnte aber die Pörsprecher einer sofortigen Zusammenlegung davor, „den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun“.

Minister Stoß gab Rechenschaft

Für Kartoffelimporte — In der 112. Zuteilungsperiode wieder 150 Gramm Fett in Aussicht

Stuttgart, 4. Febr. (Dona) Landtagspräsident Wilhelm Keil gab am Mittwoch in der Sitzung des Württemberg-Baden Landtags bekannt, daß dem Entlassungsgesetz des Befreiungsministers Gottlob Kamm am Dienstag stattgegeben wurde. Die vorläufige Leitung des Befreiungsministeriums habe der bisherige Stellvertreter Kamm für den Landesbestirk Baden, Ministerialdirektor Walter Koranek, übernommen. Das Plenum beschloß, in der kommenden Sitzung über ein von der KPD vorgeschlagenes Sofortprogramm abzustimmen.

Ernährungsminister Heinrich Stoß teilte mit, daß die Rationierung von 150 Gramm Fett von der 112. Zuteilungsperiode an wieder ausgegeben werden könne, wenn die geplanten Fettimporte durchgeführt würden und die Futtermittelverhältnisse sich besserten. Der Minister wiederholte seine Bitte und Forderung an die Besatzungsmächte und deutschen Stellen, alle Kartoffelimporte möglichst rasch auszuführen. Stoß gab ferner bekannt, daß Württemberg-Baden Ende 1947 ungefähr 743 000 Binder, am 2. Dezember 1947 jedoch nur 683 000 Hesseken habe. Nach den Berechnungen des Landwirtschaftsministeriums könne man in diesem Jahr mit einem Aufkommen von 21 000 Tonnen Fleisch rechnen. Mit dem vorhandenen Vorrat sei es möglich, eine Ration von 60 Gramm Fleisch aufrecht zu erhalten. Das Verwaltungsverfahren für Ernährung in Frankfurt verlängerte, daß von Württemberg-Baden etwa zwei Drittel der Fleischreserven nach Nordrhein-Westfalen und Berlin zur Auslieferung kämen. Dieser Aufforderung könne er angesichts der Ernährungverhältnisse und der Tatsache, daß die Länder der britischen Zone ihre Verpflichtungen hinsichtlich ihres Viehaufkommens nicht entsprochen hätten, nicht nachkommen.

Im Zusammenhang mit den in der Presse veröffentlichten Zahlen, über die

in der Bizonne auf dem schwarzen Markt verschwundenen Viehbestände, sagte der Minister, man habe bei diesen Berechnungen die Viehzählung des Jahres 1946 zugrunde gelegt. Da die Ergebnisse der Viehzählung von 1947 noch nicht zur Verfügung gestanden hätten, lege man die tatsächlichen Verhältnisse zugrunde, so vermehre sich die Zahl der in der Bizonne angeblich schwarz geschlachteten Rinder von 712 000 auf 1 000 000. In seinen weiteren Ausführungen erklärte Stoß, die bessere Einstufung der geltigen Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Lebensmittelversorgung sei nicht mehr länger aufzuschieben. Er werde dies als seine Aufgabe und werde weiterhin bei der bizonalen Verwaltung vorstellig.

In Beantwortung einer CDU-Anfrage erklärte Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit u. a., die wirklichen Gründe für die gegenwärtige Not seien in der Abgabe von Erzeugnissen an Sonderkontingentträger und in der Frage der Kompensationen zu sehen. Hier sei eine Regelung dringend erforderlich. Der Wirtschaftsminister betonte weiter, daß er fast keinen Einfluß auf die Kohlenverteilung habe, da diese von Minden vorgenommen werde. Würde man die Zufuhr „schwarzer“ Kohle an die württembergisch-badische Bauindustrie unterbinden, so käme sie zum Erliegen und es gäbe dann genug Länder, die diese Kohle abnehmen würden. Die „schwarze“ Kohle stamme hauptsächlich aus dem Eigenbedarf der Zechen und werde von der Reichsbahn zugeführt.

Abg. Dr. Heuß (DVP) griff ebenfalls in die Debatte ein. „Wir werden die Verfassung nicht ändern können und wollen“, sagte er, „sondern müssen das Behördenproblem so lösen, daß wir uns ein volkstümliches Verwaltungssystem schaffen.“ In sarkastischen Worten wandte er sich gegen die Argumentation des Abg. Harter, dem er vorwarf, eine abermalige Härte in der Ausweisung von Kontingentträgern zu haben. Da die CDU anscheinend in ihrer Gesamtheit bereit sei, das Gesetz gegebenenfalls vor dem Staatsgerichtshof zu legen, habe er nun den Eindruck gewonnen, daß es ihr mit dem Bekenntnis zu Süddeutschland nicht mehr ganz so ernst sei.

Ministerpräsident Dr. Maler zitierte in Erläuterung der Darstellung Dr. Köhlers, in der er persönlich einen Vorwurf der Inkonsequenz erplie, auf die Entwicklung der letzten staatlichen Verhältnisse und das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzesvorwurfs ein. Er wandte sich gegen die im Ministerpräsidenten Verhandlungskreis und wie dieser verpflichtet gewesen sei, gemäß der Verfassung auf die endgültige Durchbildung des gemeinsamen Verwaltungsstatutes zu drängen. — In seinen Schlussbemerkungen unterstrich Innenminister Ditzsch den ehrlichen Willen der Verwaltungen auf württembergischer Seite und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die sechs Redner der badischen Parteien sich grundsätzlich und zum Teil wünschenswert für einen gemeinsamen Württemberg-Baden ausgesprochen hätten. Auch der Abg. Schwab habe einen vom Abg. Harter sehr abweichenden Standpunkt vertreten. (Zuruf Abg. Müller: Nun sei bedankt mit Abg. Schwab.) Ziele des Entwurfs sei stärkere Zentralisierung und ein Aufbruch der Landesverwaltung, der den Einfluß der Landesstellen weitest reduzieren lasse. Die in der Debatte zum Ausdruck gekommenen Meinungsverschiedenheiten unter anderem über die Notwendigkeit der Errichtung einer Regierungspräsidentenstelle auch in Baden müssen nunmehr im Sonderausschuss beraten werden. — f.

Aufgaben der neuen Zweizonen-Verwaltung

USA will dem deutschen Volk nicht irgendeine Regierungsform aufzwingen

Stuttgart, 4. Febr. (AP.) Auf der Länderratssitzung der amerikanischen Besatzungsmacht erklärte der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay, die neue Zweizonenverwaltung befasse sich ausschließlich mit der Wirtschaft, der Landwirtschaft und den Finanzen der beiden Vereinigten Zonen. „Sie dient nur diesen Zwecken, und es ist keineswegs beabsichtigt, sie als die zukünftige politische Struktur Deutschlands zu betrachten. Die Vereinigten Staaten haben nicht den Wunsch, dem deutschen Volk irgendeine Regierungsform aufzuzwingen.“ Auf Anfrage eines deutschen Regierungsvertreters, ob mit einer baldigen Zulassung von parteipolitischen Zeitungen in der amerikanischen Zone zu rechnen sei, antwortete General Clay, er werde eine öffentliche Umfrage vornehmen lassen, um festzustellen, ob das deutsche Volk derartige Zeitungen wünsche. „Falls es diese haben will, werden wir sie ihm geben“, erklärte General Clay. „Aber wenn sie das Volk nicht wünscht, erwarte ich von Ihnen, daß sie sich damit einverstanden erklären.“

Hindernisse der Exporterhöhung
Stuttgart, 4. Febr. (Eig. Ber.) Der stellvertretende Militärgouverneur Württemberg-Badens, Colonel Edwards, erklärte in einer Rundfunksprache, daß der weiteren Erhöhung des württembergisch-badischen Exports in erster Linie ein allgemeiner Mangel an wichtigen Rohstoffen entgegenstehe. So fehlten z. B. für die Grundindustrien Kohle, Eisen und Stahl. Bei der Textilindustrie wirke sich vor allem die Knappheit an Wolle, Jute und Hanf ungünstig aus. — f.

Vorschau für Eisenbahnen
Frankfurt, 4. Febr. (Dona.) Rund 238 000 Arbeitnehmer der Eisenbahnverwaltung der Bizonne erhalten jetzt einen Lohnvorschau in Höhe von einhundertfünfzig Mark, nachdem zwischen der Lohnkommission der Eisenbahngewerkschaften und der Hauptverwaltung der Eisenbahnen eine diesbezügliche Vereinbarung getroffen wurde. Dieser Vorschau wurde auf Grund der vom amerikanischen Militärgouverneur bewilligten zehnprozentigen Lohnerhöhung ausgeschrieben, um die Lohnfragen der Eisenbahn bis zur Festsetzung der Tarife zu regeln.

Umbildung der südbad. Regierung
Freiburg, 3. Febr. (Dona.) Der badische Landtag sprach laut Süddeutschen am Donnerstag den drei neuen badischen Ministern, Finanzminister Dr. Wilhelm Ecker, Justizminister Dr. Hermann Fecht, und Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. Eduard Laß sein Vertrauen aus. Die Minister nahmen das ihnen angetragene Amt an und wurden vom Landtagspräsidenten Dr. Karl Person auf die Verfassung vereidigt.

Beweispflicht wieder beim öffentlichen Kläger

Anerkennung der würt-bad. Denkschrift zur Entnazifizierungsfrage

Stuttgart, 3. Febr. (Eig. Ber.) Im Vordergrund der 12. Tagung des Parlamentarischen Rates stand ein Referat des württembergisch-badischen Abg. Dr. Haugmann (DVP) über die letzte Sitzung des Entnazifizierungsausschusses im Länderrat. OMGUS Berlin soll, dem Bericht zufolge, in den letzten zwei Wochen den deutschen Behörden des öfteren erklärt haben, daß die im Oktober beschlossenen Änderungen des Entnazifizierungsgesetzes, insbesondere bezüglich Art. 3, Abs. 4 nach Meinung der Militärregierung nicht weitgehend genug ausgenutzt würden. OMGUS habe dem badischen Befreiungsministerium erklärt, alle unter die Klasse II des Anhangs zum Gesetz Fallende könnten vom öffentlichen Kläger als Mitläufer angeklagt werden, mit zwei Ausnahmen und zwar:

a) Betroffene, die einer von Nürnbergem Militärgesetz als verbrecherisch bezeichneten Organisationen angehört hätten,

b) Betroffene, gegen die Beweise vorlägen, daß sie im Sinne der Art. 3, 7, 8 und 9 des Gesetzes Verbrechen begangen hätten.

Ferner sei bekanntgegeben worden, daß die Militärregierung künftig Urteile nur dann zu beanstanden gedanke, wenn eine der unter a) oder b) genannten Voraussetzungen vorliege.

Aus dieser neuen Schlichte folgte Dr. Haugmann die Notwendigkeit, das Spruchkammerpersonal, die Kassationsabteilung, die Gnadenabteilung usw. durch die Befreiungsministerien über die Rückwirk-

ungen der neuen Richtlinien zu unterrichten. Die Ministerien müßten insbesondere feststellen, inwieweit die seither ergangenen Entscheidungen Begnadigungen erforderlich würden, damit eine einheitliche Durchführung des Befreiungsgesetzes sichergestellt würde.

Im Zusammenhang mit der Kriegsgefangenenfrage erklärte Professor Dr. Freiler, daß sowohl Roland wie Frankreich die monatliche Quote an Heimkehrern bedeutend erhöhen müßten, falls die in Moskau beschlossene Rückführung aller Kriegsgefangenen bis Ende 1948 beendet werden sollte. Im letzten Quartal 1947 hätte Frankreich an Stelle von dreimal 20 000 Kriegsgefangenen nur insgesamt 20 000 entlassen. Da jedoch im Januar 1948 26 000 Kriegsgefangene aus Frankreich heimgekehrt seien, habe man von einem bescheidenden Anstieg des Länderrates an Frankreich vorerst abgesehen.

Schließlich führten sowohl der württembergisch-badische Landtagspräsident Keil als auch der Abg. André (CDU Württemberg-Baden) heftige Klage über die Lizenzprozesse und deren unkontrollierbare, zum Teil diktiertisch wirkende Lizenzträger. Besonders empört fand es Abg. André, daß eine nicht genannte Zeitung den Abdruck eines von ihm verfaßten Artikels abgelehnt habe. Er verwurste die: „Wir kommen nicht zu Wort.“ Die Presse, vor allem die Stuttgarter, müsse der Berichterstatter über die Tätigkeit des Parlamentarischen Rates in Kenntnis gesetzt werden. — f.

Rückgrat aus Gummi?
LaFollette zur Beendigung der Entnazifizierung im Landkreis Sinsheim
Stuttgart, 3. Febr. (Eig. Ber.) Anlässlich des Abschusses der Entnazifizierung im Landkreis Sinsheim äußerte der Direktor der Militärregierung Württemberg-Baden, Mr. LaFollette, vor einer Versammlung des dortigen Spruchkammerpersonals, an der auch der Ministerpräsident und Befreiungsminister Kamm teilnahmen: Ich gratuliere dem Spruchkammerpersonal hier in Sinsheim zu der Beendigung seiner Aufgabe. Obgleich Schnelligkeit bei der Beendigung des Entnazifizierungsprogramms wesentlich ist, so lassen Sie sich doch betonen, daß es äußerst wichtig ist, keines der Ziele des Entnazifizierungsprogramms von einer frühen Beendigung willen zu opfern. Es ist sehr wichtig, daß die Elemente der Naziführerschaft im Verhältnis zu ihrer Schuld bestraft werden. Jeder Deutsche, der die Arbeit bei der Spruchkammer jetzt aufgibt oder versuche, einem Deutschen diesen Schritt zu befehlen — führt der Militärgouverneur, offenbar in Anspielung auf den am gleichen Tage veröffentlichten entnazifizierungsfeindlichen „Mittlerbrief“ Pfarrer Niemöllers fort, — erweise Deutschland einen schlechten Dienst. Durch solche Handlungen wird ungeachtet ihrer Parteugehörigkeit der Lautstärke, mit der sie ihre demokratischen Ansichten ausdrücken, das deutsche Volk, ich, die amerikanische Militärregierung und die Welt wissen, daß ihre Worte Schall und Rauch sind. Sie ausgesprochen werden, um ein schwaches Herz und ein Rückgrat aus Gummi zu verbergen.“ Der moralische Mut der Deutschen, ohne den keine deutsche Demokratie entstehen könne, würde jetzt seine entscheidende Probe zu bestehen haben. „Täglich erwarte ich jetzt einen Gefühlsruf von Herrn Kamm, der mich davon in Kenntnis setzt, daß der erste Stadtkreis hier in Württemberg Baden sein Entnazifizierungsprogramm beendet habe“, erklärte ferner Mr. LaFollette zur Einstellung der Spruchkammerarbeit im ersten Landkreis Badens. — f.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. 58-WB III. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg

Zwang zur Entscheidung?

London im Dezember war ein Mißerfolg. Der Januar verstrich aber, ohne daß unwiderrufliche Schritte getan und endgültige Forderungen daraus gezogen wurden.

Institutionen in der „vordersten Drecklinie“ die Achtung der Massen erhalten.

Die Unzufriedenheit und die Einwände gegen das Direktionschema von Frankfurt — sie mögen die Anliegen des Föderalismus, die Funktionen eines Oberdirektors oder die Begrenzung der Souveränität enthalten, sie mögen in Paris von den Franzosen, in Koblenz oder Freiburg von den Föderalisten, in Köln von der CDU, in Hannover von der SPD erhoben werden — sie sind stets Dokumente der Logik des Geistes und der Regenten.

Das andere Deutschland

In den letzten Tagen sind die Tagesblätter des 1944 hingerichteten ehemaligen deutschen Botschafters Ulrich von Hassel und die Erinnerungen von Hans Bernd Gisevius in englischer Übersetzung erschienen.

Gegen Mundtotmachung der Presse

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Koblenz, Montabaur, im Presseverband der französischen Zone, gab zum Urteil gegen die beiden Redakteure der „Rheinzeitung“, die sich gegen heuchlerische Versöhnungen vor der Besatzungsmacht gewandt und erklärt hatten, in der „Rheinzeitung“ gebe es keinen „Mündertod, out“, seiner Meinung dahin Ausdruck, daß das Urteil als ein fragwürdiger Versuch der durch eine Vertrauenskrise in die Enge getriebenen Justiz zu werden sei, die Presse mundtot zu machen.

Alle Räder stehen still ...

Ein viel gebrauchtes und noch mehr mißbrauchtes Wort hat sich nun einmal bewährt. Einen Tag, 24 Stunden, herrschte im Streikgebiet Württemberg-Baden absolute Arbeitruhe. Kein Zug fuhr, keine Straßenbahn, kein Fuhrwerk, kein Lastwagen, die Maschinen in Fabriken und Werkstätten liefen nicht, auch die kulturellen und Unterhaltungsstätten feierten; es herrschte allüberall Ruhe, außer in den lebenswichtigen Betrieben, Ein berühmtes und auch gefürchtetes Wort fand seine in dieser Vollständigkeit erstmalige Bestätigung und Befolgung: Alle Räder stehen still, wenn ein starker Arm es will.

Deutschland-Rundschau

Verlebte Westzonen

Frankfurt (AP). Die Münchener „Wirtschaftszeitung“ behauptet, daß die Rede des früheren Wirtschaftsverwaltungsleiters der Elbe, Dr. Johannes Semmler, die zu seiner Entlassung durch die Militärregierung führte, sei dem schwarzen Markt mit 100 Mark gehandelt worden.

Verlebte Westzonen

Frankfurt (Dona). Die ersten Teile des amerikanischen Hauptquartiers werden nach einer Mitteilung des Hauptquartiers bereits am 22. Februar nach Heidelberg umziehen. Die Verlegung der technischen Abteilung und Dienststellen des Besatzungsquartiers soll bis zum 1. März abgeschlossen sein.

Stuttgarter Theaterbrief

An zwei aufeinanderfolgenden Tagen sind zwei bedeutsame Aufführungen in den Stuttgarter Bühnen zur Darstellung gekommen: Im Kammertheater der Staatstheater erlebte Ferdinand Bruckner's „Herbische Komödie“ die deutsche Erstaufführung, im Schauspielhaus wurde Eugen Othmers Tragikomödie „Celestina“ uraufgeführt.

Streikparole befolgt. Nur hier und da sah man einige in amerikanischen Diensten stehende Arbeiter bei der Arbeit. Sonst aber bestand völlige Arbeitruhe. Die Stadt bot ein völlig ungewohntes, noch nie gesehenes und erlebtes Bild. Die absolute Ruhe gab der Stadt ein ganz besonderes Gepräge.

Die von dem Vorsitzenden des Ortsamtes des Gewerkschaftsbundes Karlsruhe, Karl Filsber, geleitete Kundgebung nahm einen ruhigen und eindringlichen Verlauf. Filsber begrüßte die Versammlung und erläuterte den Zweck der Demonstration. Hatte er schon erste und eindringliche Worte über die Not vorgebracht und den verantwortlichen Stellen ins Gewissen gerufen, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, so schilderte die beiden weiteren Redner, die Gewerkschaftssekretäre Göber und Deck, in ruhigen, aber um so ernsteren Darlegungen den Ernst der Lage.

Verlebte Westzonen

Schweinfurt (Mein). Aus einem Bericht des Arbeitlagers Schweinfurt geht hervor, daß in den vergangenen drei Monaten wesentlich mehr als 1800 Personen in 244 Fällen von der russ. Zone in den Bereich des Arbeitsamtes Schweinfurt eingewandert sind.

Verlebte Westzonen

Dresden. 500 Preußen zu je 2000 RM hat die Landesregierung Sachsen für diejenigen Russen ausgestellt, die bei weigehender Rückkehr im Oktober 1947 in ihren Heimatorten in 15. März 1948 ein Wohnort sind.

Verlebte Westzonen

Berlin (Dona). Die belgische Regierung hat dem Alliierten Kontrollrat die Lieferung von monatlich 5000 Tonnen Holz nach Deutschland angeboten. Last Mitteilung der belgische Militärmission werden zur Zeit über diese Belgie Verhandlungen geführt.

Verlebte Westzonen

Ortner Celestina ist weniger einheitslich, in dem Stück streiten sich die Akteure der spanischen Kirche — von ferne geleitet die Inquisition — mit den irdischen Freunden der Körtianenhefte biäthhaft im Kreise um Celestina und die Diener des Callixtus. Der Chor der Prediger münde nicht verschwendend bei dunkler Bühne wie ein Phantom vorüber. Um so mehr wird der Betri der Freudenhauses aufgehellt. Zwischen beiden, eingebettet wie der Kern der Mandel von der harten Schale umhüllt, erleben wir das uralte, selig unheimliche Lied Nomes und Julia, freudlich nicht zwingend und wie unabwendbares Schicksal wie beim Briten, dafür wie eine Ballade, erzählend nicht dramatisch, wohl tragisch, aber in der Umwelt der Komödien. In dieser Diskrepanz liegt seine Schwäche, auch die gute Inszenierung Fred Schröers, auch das passende Spiel und die geschickte Verwandelung der Bühnenbilder konnten diesen Mangel nicht beseitigen.

Verlebte Westzonen

Unter den Darstellern war Rosemarie Kilian lebendiger wie je, eine ammu-Kilian hebräisch wie je, während ihr Callixtus (Manuel Colloé) als Gast von romantisch-südllicher Liebesleidenschaft erfüllt spielte. Die Freudenmädchen die Diener, die spanische Stränge des Vaters (Horst Teike) auf seine Ehre vor allem aber Lina Carsten (als Celestina ungemein verwandlungsfähig, überzeugend, natürlich wie immer) suchte die Schwächen des Stückes zu verbuchen. Aber darüber, daß das Stück heute uns nicht recht zuzugewillt ist, vermochten nicht ganz hinwegzutreiben. Ein Erfolg war es trotzdem, ein Erfolg auch für Fred Schröer. Dr. W. Oberkampff.

Anmeldung zur Technischen Hochschule Der Termin zur Einreichung der Anträge auf Zulassung zum kommenden Sommersemester an der Technischen Hochschule Karlsruhe läuft bis 13. Fe-

Zulagewessene, Besetzung von Sonderverträgen, restlose, rechtzeitige und gerechte Verteilung der Erzeugnisse, schärftes Vorgehen gegen Schieber und Schwarzhändler, Herausgabe der aufgespeicherten Schuhe und Kleidungsstücke und schließlich Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Gestaltung und Verwaltung der Betriebe.

Ruhiger Streikverlauf in Württemberg

Stuttgart, 4. Febr. (Big. Ber.) Die Landeshauptstadt von Württemberg-Baden bot am Streiktag das Bild völliger Ruhe. Die Straßen waren nur von wenigen Fahrzeugen und Passanten belebt und es herrschte eine sonntäglich anmutende Stimmung. Nur in den Vormittagsstunden fand eine von etwa 3000 Menschen besuchte Protestversammlung der Stuttgarter Betriebsräte im Zirkus Saale statt. Wie die Gewerkschaftsführung am Spätmittag des Streiktages unserem Korrespondenten erklärte, sei es lediglich an zwei weiteren Orten zu größeren Protestkundgebungen gekommen, und zwar in Heidelberg bei Beteiligung von 10 000 Personen und in Heilbronn, wo sich 6000 Menschen zu einer Protestkundgebung versammelten. Im Übrigen sei man im Lande allgemein der Aufforderung zum Streik nachgekommen.

Ein Jahr Kriegsgefangenenhilfe

Am 27. Januar vor einem Jahr wurde im Hamburger Rathaus von den Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und caritativen und international wirkenden humanitären Verbänden die deutsche Kriegsgefangenenhilfe mit Herrn Bürgermeister Brauer als Ehrenpräsidenten gegründet. Da es sich um eine überparteiliche Institution handelt, fand die neue Organisation sowohl in allen vier Zonen als auch im Ausland Unterstützung und Hilfe. Die Tätigkeit wurde im wesentlichen durch die Wünsche der Kriegsgefangenen und Kriegs-Internierten, die infolge dankenswerter Aufklärung der in- und ausländischen Presse sowie des Mund-zu-Mund-Verkehrs über die Ziele der Deutschen Kriegsgefangenen-Hilfe unterrichtet werden konnten, bestimmt.

Verlebte Westzonen

Den größten Umfang unter der Fülle der Aufgaben nahm naturgemäß die Betreuung ein. So konnten z.B. 15 000 Anliegen von Kriegsgefangenen oder Kriegsgefangenen-Lagerleitungen, die sich vor allem auf Berufs- und juristische Angelegenheiten bezogen, erledigt werden. In 12 000 Fällen fand eine Briefwechselvermittlung für Heimat- und anhanglose Kriegsgefangene statt. Im Rahmen der Patenschaftaktion wurde in Zusammenarbeit mit der Kriegsgefangenen Heimkehraktion München, bis jetzt 1300 alleinlebende Kriegsgefangene ein neues Zuhause geschaffen. Auffallend rasch ist das Begehren nach deutschem Lesestoff. Monatlich werden zur Zeit rund 2000 Sendungen mit Büchern, Zeitschriften und Zeitschriften in die Lager verschickt. Nicht unbegriffen darin ist die Fachliteratur aller Branchen, die den Anforderungen entsprechend geliefert wird. Weiter fanden Tausende von Noten ihren Weg in die Lager, u.a. das gesamte Notenmaterial für 70 Lager-Kapellen. Die Notwendigkeit einer heimatischen Abkömmlinge, Beratungs- und Betreuungsstelle für die Kriegsgefangenen ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß die Zentrale in Hamburg, Große Bleichen 23/27, bis zu 2000 Briefeingänge täglich zu erledigen hatte.

Zuckmayers „Des Teufels General“

Mit der süddeutschen Erstaufführung von Carl Zuckmayers letztem Schauspiel „Des Teufels General“ — Mannheim wird in dieser Woche, Karlsruhe im Mai folgen — erwarteten sich die Stadt, Bühnen Heidelberg und der Intendant, Heinrich Köhler-Helfrich, ein Verdienst, das nicht hoch genug veranschlagt werden und allen Anforderungen, „daß das Heidelberger Schauspiel seit der Liquidierung der Kammertheater nicht mehr die Zeichen der Zeit verstriche“, ein Paroli bieten kann. So wurde dieser Theaterabend, seit desselben Autors „Der Hauptmann von Köpenick“ hier seine „fröhlichen Urständ“ feiern konnte, das große Ereignis, von dem man seit Wochen sprach und von dem man noch Wochen und Monate lang wird sprechen können.

„Des Teufels General“ setzt den im „Hauptmann von Köpenick“ begonnenen Kampf gegen die Unmoral in der Welt — das heißt in unserem lieben Vaterland — mit den theatralischen Mitteln fort, die unter den lebenden Bühnendichtern allein Zuckmayer anzuwenden vermag, weil er sie beherrscht: die Mittel der tragischen Ironie, die in der Satire des Schusters folgt zur Tragik, in dem aus unserer jüngsten Vergangenheit genommenen Thema zur Tragödie des deutschen „Nicht-mensch-heit“, die in den (Köge des Fliegergenerals Odet tragenden) General Marras bis zu jener Konsequenz zu Ende geführt ist, wo dieser sich selbst in der Schacke seiner (falschen) Gedichte gefangen sieht und ein solches Ende nur — im Freitod erblickt.

Die Heidelberger Aufführung war als Regisseur S. G. Friedrich Brandenburg anvertraut worden, der auch die Hamburger Premiere geleitet hatte. Was man ihm dort zum Vorwurf machte:

eine Fehlbesetzung im (heimlichen) Gegenpart der Generalis Marras, dem Repräsentanten der Widerstandsbewegung, und die Verleppung des Amiswollers mit der Hakenkreuzarmbünde und der SS-Totenkopfmütze, wurde in Heidelberg glücklicherweise kein Problem: Bei allem Überlegen und Überlegenden, weil souverän alle schauspielerischen wie seelischen Mittel aus glücklichste einsetzenden Spiel des von Oskar Dimroth hervorragend verkörpert Generalis waren auch die Nebenrollen aufs glücklichste besetzt (auch den Damen ein Gemütslob), so daß das seit Tagen verkaufte Haus den Spielern und dem Regisseur nicht zuletzt auch dem Bühnenbildner Helmut Dörsold nicht endende Ovationen bereitet — Anerkennung für eine Ensembleleistung einmaliger Prägung: ein „Ja“ für das Stück und darin eingeschlossen die Erkenntnis von der Bezeugtheit des zeitgenössischen Werkes auf der Tribüne der Welt — zu uns selbst. Dr. Wehagen.

Stuttgarter Theaterbrief

An zwei aufeinanderfolgenden Tagen sind zwei bedeutsame Aufführungen in den Stuttgarter Bühnen zur Darstellung gekommen: Im Kammertheater der Staatstheater erlebte Ferdinand Bruckner's „Herbische Komödie“ die deutsche Erstaufführung, im Schauspielhaus wurde Eugen Othmers Tragikomödie „Celestina“ uraufgeführt. Wohl kaum nur ein früherer Zufall. Denn beide Stücke zeigen auch innerlich wenigstens zunächst eine gewisse Verwandtschaft. Ihre Wurzeln entspringen beide dem römischen Kulturkreis bei Ortner ist es das uralte nationalspanische Drama Fernando de Rojas, das er neu formt; Bruckner ist dem sügspezierten französischen Dialog, der Konversation voll Espirit, verpflichtet. Ist doch seine Titelheldin, Germaine de

